

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. In den Monaten, die die Postzeitung 1,00 RM. zuzüglich Beleggeld. Einzelnummern 10 Kpf. Alle Postbestellungen, Postämter und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Bezugspreises. — Abänderung einzelner Schriftsätze erfolgt nur, wenn Vorsto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 8-spaltige Raumzeile 20 Kpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 10 Kpf., die 3-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 20 Kpf. Nachweilungsgebühr 20 Kpf. Sonstige Anzeigenpreise sind nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der Angelegenheiten wird durch die Beschriftung der Zeilen mit dem Namen des Auftraggebers im Kontrakt geäußert.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 114 — 91. Jahrgang Telegr.-Abt.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 18. Mai 1932

Flugfeuer im Fernen Osten.

Im Zeitalter des Kabels und der Funkentelegraphie, des immer schnelleren Ausbaus eines Weltverkehrsnetzes ist der europäische Westen, ist auch selbst Amerika genau so schlecht über die Vorgänge im Fernen Osten unterrichtet wie früher. Natürlich sind damit nicht die äußeren Geschehnisse genannt wie die Eroberung der Mandchurei, der japanische Stolz auf Schanghai und jetzt die Schüsse auf den Ministerpräsidenten und die sonstigen teils glücklichen, teils mißglückten Attentate in Tokio. Aber auch hierbei ist schon daran zu erinnern, daß die — Telegrammgenossen in Japan selbst und in den von ihm beherrschten Gebieten nur diejenigen Nachrichten herausläßt, die irgendwem und irgendwie „genehm“ sind. Und selbst wenn eine Völkerbundkommission hinreißt, so wird sie nur dort herangelassen, wo „Unversängliches“ zu sehen ist, und wird sorgfältig von allem ferngehalten, was die japanischen Beherrscher des Fernen Ostens irgendwie kompromittieren könnte. Dort haben ja nach einhelliger Ansicht des japanischen Volkes der europäischen Westen und Amerika gar nichts zu suchen.

Aber die innenpolitischen Vorgänge in Japan und seinem „Zielerreignis“, sogar über deren wirtschaftliche Bedingungen erfährt der Außenstehende nichts oder sehr wenig, gar nichts aber über die machtpolitischen Tendenzen im Innern und nach außen. Man kann als Europäer über diese politischen Regungen der Volksseele im Fernen Osten nur Vermutungen aussprechen, Ahnungen nachgeben. Wenn seit Monaten, nämlich seit dem rücksichtslosen Vorgehen der Japaner in der Mandchurei, dann bei dem weit über das ursprüngliche Ziel eines Nebenangriffes hinausgehenden Vorkoch auf Schanghai davon gesprochen wurde, daß das — politische rechtsstehende — Kabinett Inukai dem scharfen Drängen kriegs- und expansionslüsterner Generale nachgeben, so scheint diese Annahme nicht unrichtig gewesen zu sein. Denn die Tode schüsse in Tokio knallten, als die japanische Räumung des Gebietes von Schanghai begann, das unter großen Opfern erobert war, und als auch in der Nordmandchurei eine gewisse Nachgiebigkeit der Japaner festgestellt werden konnte. Sie war wohl nicht zuletzt durch die wachsenden Schwierigkeiten in jenem schlimmsten Wetterwinkel der Welt verursacht, wo japanische, chinesische, sowjet- und wehrussische Interessen gegen- und aufeinanderprallen und Rußland selbst einen ständig wachsenden antijapanischen Druck auszuüben scheint.

Die Engländer legen daher den Ereignissen in Tokio eine antirussische Tendenz zugrunde und haben vielleicht damit nicht ganz unrecht. Da aber Nachrichten aus dem Fernen Osten immer nur eine sehr bedingte Glaubhaftigkeit beizumessen ist, kann man heute trotz allerhand entsprechender Meldungen von dort nicht sagen, ob unter dem Druck der japanischen Generale und des Offizierkorps in Tokio eine scharf nationalistische Regierung ausbricht, die nun alle von Völkerbund und Amerika mühsam genug erarbeiteten Zugeständnisse Japans vor Schanghai und in der Mandchurei rückgängig machen und höchstens vor Schanghai die Truppen deswegen zurückziehen würde, um sie für den Aufmarsch in der Nordmandchurei einzusetzen. Und das würde dort eine Lage schaffen, die das jetzt schwebende Feuer jeden Augenblick zu heller Kriegesflamme emporlodern lassen kann. Würde doch der „natürliche“ Abschluß des japanischen Vorgehens erst in der Eroberung des einzigen Hafens an der dortigen Ostküste Kiens, Wladivostok, und in der Zurückwerfung Rußlands bis zum Baikalsee liegen.

Gewiß hat die Annexion der Mandchurei wirtschaftspolitische Gründe, um dem überfüllten, allzu rasch industrialisierten und jetzt schwer unter der Weltwirtschaftskrise leidenden japanischen Volk eine Siedlungskolonie zu verschaffen. Aber dabei scheinen auch machtpolitische Absichten mitszusprechen, über deren Art man sich ohne weiteres klar ist, wenn man sich daran erinnert, wie Japan seit einem halben Jahre mit dem Völkerbund und Amerika in Genf usw. verfahren ist. Der japanische Delegierte hat wiederholt mit dem Austritt seines Landes aus dem Völkerbund gedroht, wenn und weil dieser „Schwierigkeiten“ macht, also die Dinge nicht ganz so laufen lassen wollte, wie die japanischen Generale und Admirale es verlangten und mittels schwerer Artillerie und Bombengeschwader durchzusetzen vermochten. Das Abenteuer dauert nun aber für Japan schon eine so geraume Zeit, daß die innenpolitischen und wirtschaftlichen Bedrängnisse noch rasch anwachsen. Ihnen nach außen hin in Richtung auf die Mandchurei ein Ventil zu öffnen heißt aber, so ganz nebenbei, nichts anderes, als auf einem offenen Pulverfaß mit Streichhölzern spielen.

Neue Verhaftungen.

Tokio, 17. Mai. Die japanische politische Polizei gibt bekannt, daß sie einige neue Verhaftungen unter den Mitgliedern der Drahtlosenorganisation vorgenommen hat. Es wurden acht Personen verhaftet, die angeblich mit dem Anschlag auf den japanischen Ministerpräsidenten Inukai in Verbindung stehen.

Das Kabinett arbeitet mit Hochdruck.

Die Besprechungen des Reichskanzlers Brüning.

Das Reichskabinett setzte seine Beratungen fort, um sich, wie es heißt, mit aller Energie den sachlichen Fragen zu widmen, also insbesondere der Hauptfrage: der Finanzierung der Arbeitslosenfürsorge, im einzelnen der Krisen- und der Wohlfahrtsfürsorge, die im Zusammenhang mit dem Reichshaushalt dringend der Lösung harren.

An den Kabinettsberatungen nahm auch der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler teil, und zwar in seiner Eigenschaft als früherer Preiskommissar und Sachverständiger für Kommunalfragen.

Den Kabinettsberatungen waren persönliche Unterredungen des Reichskanzlers mit General Secker und Dr. Goerdeler vorausgegangen. In unterrichteten Kreisen wird erklärt, daß die Personalfragen hinter den dringenden sachlichen Problemen, die das Reichskabinett zu behandeln habe, vorerst zurückstehen müßten. Die Unterredung des Reichskanzlers mit General von Schleicher wird damit begründet, daß sich der Reichskanzler über die Stimmung im Reichswehrministerium durch den für die politische Führung verantwortlichen Chef des Ministeramtes habe unterrichten wollen.

General von Schleicher soll von vornherein nicht geneigt gewesen sein, das durch das Ausscheiden Groeners frei gewordene Reichswehrministerium im Augenblick zu übernehmen.

Ein Duzend Vorschläge zur Deckung des Gesamtbetrages von 3 Milliarden.

Berlin. Nach einer Meldung scheint das Kabinett einwillen angeschlossen zu sein, das Problem der Arbeitslosenfürsorge als ein Gesamtproblem unabhängig von der Dreigliederung der verschiedenen Unterstützungsarten anzusehen. Ingesamt seien für die Arbeitslosenversicherung, für die Krisenfür-

orge, für die Wohlfahrtsfürsorge rund 3 Milliarden RM. im kommenden Jahr aufzubringen. Davon wolle das Reich in seinen Haushaltsplan eine Milliarde Mark einstellen. Die Arbeitslosenversicherung könne zurzeit mit ihren Beiträgen auskommen. Die Hauptschwierigkeit liege bei der Finanzierung der kommunalen Arbeitslosenfürsorge. Im Kabinett werde, ohne Rücksicht darauf, auf welche Körperschaft im einzelnen die Ausgaben der Arbeitslosenfürsorge entfielen, über die Deckung des Gesamtbetrages von drei Milliarden Mark verhandelt. Bis vor einigen Tagen lagen von den verschiedenen Ministerien etwa ein Duzend verschiedener Vorschläge für die Lösung dieses Problems vor. Man habe sich für ein bestimmtes Projekt noch nicht entscheiden können. Es sei damit zu rechnen, daß die Verhandlungen noch mehrere Tage andauern.

Wann wird der Reichstag einberufen?

Vorwürfe gegen den Reichspräsidenten.

Dr. Fried, der nationalsozialistische Fraktionsführer im Reichstag, stellt im Völkischen Beobachter fest, daß 229 Abgeordnete der Nationalsoz. Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschnationalen und der Kommunisten Anträge auf Einberufung des Reichstages auf den 14. Mai zur Fortsetzung der grundlos unterbrochenen Verhandlungen gestellt hätten, daß aber Loeb dem Verlangen nicht entsprochen habe. Die 229 Abgeordneten hätten nun neuerdings die Einberufung des Reichstages für den 19. Mai verlangt. Würde dieses Verlangen abgelehnt, so bedeute das nach einer klaren Entscheidung des Staatsgerichtshofes einen Verfassungsbruch.

Die nationalsozialistischen Mitglieder des neuen Preussischen Landtages sind von dem nationalsozialistischen Wahlleiter für Preußen, dem Fraktionsvorsitzenden Abg. Kube, zu einer ersten Fraktionssitzung für Donnerstag nach Berlin berufen worden.

Die Forderungen der japanischen Militärs.

Gegen die Verständigungspolitik der Regierung.

Der Chef des japanischen Generalstabes, Prinz Kanin, hatte mit dem japanischen Kaiser eine längere Unterredung über die Umbildung der Regierung. Japanische Militärführer verlangen, daß die neue Regierung überparteilich sein und eine festere Politik zum Schutze der japanischen Interessen treiben müsse. Die Tolerierungspolitik des Kabinetts Inukai könne in Zukunft nicht mehr geduldet werden.

Kriegsminister Araki und Marineminister Usumi haben erklärt, daß sie dem kommenden Kabinett nicht mehr angehören würden.

Die Mitglieder des Ministerpräsidenten werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden, das demnächst zusammentreten wird.

Große Aufregung in Moskau.

In russischen politischen Kreisen herrscht große Aufregung über die innenpolitischen Ereignisse in Japan. Es wird erklärt, daß mit einer grundlegenden Änderung der politischen Lage im Fernen Osten zu rechnen sei, wenn die Militärpartei die Macht in Japan übernehmen würde. Man müsse sogar damit rechnen, daß Japan versuchen werde, seine Niederlage in Schanghai und in der Mandchurei durch einen neuen Kriegszug wettzumachen. Die japanische Militärpartei sei unbedingt russenfeindlich gesonnen, eine weitere Zuspitzung der politischen Verhältnisse sei zu erwarten.

Vertagung der Lausanner Konferenz?

Frankreich will die Tributentscheidung verzögern.

Die Verschleppungspolitik, die Frankreich gegenüber den verschiedenen brennenden internationalen Fragen angewandt hat, erfolgte offenbar in der Hoffnung, daß die antwachtende Wirtschaftskrise die europäischen Staaten automatisch immer mehr und mehr schwächen und zum Widerstand gegen die französischen Machtforderungen ungeeignet machen würde. In diese französische Rechnung hat sich nur der eine Fehler eingeschlichen, daß Frankreich selbst immer mehr von der Krise ergriffen wird. Bis zum Herbst dürfte sie sich soweit verschärft haben, daß Frankreich auf dem wirtschaftlichen Tiefstand des übrigen Europas angelangt sein wird. Möglicherweise wird dann erst Frankreich zu einer verständ-

geren Auffassung der Lage bereit sein. Vorläufig jedenfalls wächst, je näher die Eröffnung der Lausanner Konferenz heranrückt, um so mehr der Pessimismus besonders englischer politischer Kreise.

Man befürchtet, daß die Konferenz zu keinen Entscheidungen kommen und sich um sechs Monate vertagen werde. Dies sei, wie man glaubt, das Ziel Frankreichs, wobei die Verzögerung der Regierungsneubildung als Entschuldigung dienen soll. Die französischen Vertreter würden wahrscheinlich sehr bald die Vertagung beantragen. Eine Vertagung der Entscheidung um sechs Monate würde den Weg für eine Wiederholung versperren.

Keine Vertagung der Abrüstungskonferenz.

London. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Arthur Henderson, demontierte dem Genfer Vertreter der „Exchange Telegraph Company“ gegenüber die Gerüchte, denen zufolge die Abrüstungskonferenz infolge der politischen Lage in Frankreich und der Rückwirkung der Attentate in Tokio vertagt werde.

Deutsche Pfingsten im Ostland.

Nachbild auf die Tagung des R. D. A.

Etwa 6000 Jugendliche und 1000 Erwachsene aus dem Reich diesesorts des Korridors, aus Österreich und aus dem Ausland hatten die große Reise nach Ostpreußen angetreten, viele von ihnen auf dem Wasserwege, mit den Motorschiffen des Seedienstes Ostpreußen. Einer noch viel größeren Zahl ist es durch die Wirtschaftskrise diesmal unmöglich gewesen, an der großen Pfingsttagung des Reichs für das Deutschtum im Ausland teilzunehmen. Viele mußten noch im letzten Augenblicke absagen. Das gab der Veranstaltung bei allem festlichen Gepränge diesmal ein ernstes Gesicht. Dazu aber kam das Erlebnis der Verührung mit dem abgeschnürten Osten.

Den die meisten Teilnehmer zum ersten Male sahen und kennenlernten. Hier spürt man auf Schritt und Tritt und in der Unterhaltung mit jedem Einwohner schon nach wenigen Worten die Not, in die uns Deutsche alle, den Osten aber am meisten, die unsinnige und unhaltbare Grenzziehung gebracht hat. Gleichzeitig aber lernt man eine Bevölkerung kennen, die trotz aller Bedrückung — Elbing hat die allerhöchste Arbeitslosenziffer im ganzen Reich — den Mut nicht verliert und die entschlossen ist, ihre schöne Heimat mit allen Kräften und bis zum letzten Atemzuge zu verteidigen.

Im Vordergrund standen diesmal die Arbeitstagen, bei denen sich die Frauen, denen bei der Schindarbeit eine